

Presseschau vom 10.12.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Vormittags:

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat die Kohlelieferungen in die Ukraine wieder aufgenommen, es ist geplant pro Tag 15.000 Tonnen zu liefern. Dies teilte heute der kommissarische Leiter der Koordination für strategische Produktionsentwicklung der Administration des Republikoberhaupts Eduard Poljakow mit.

"Nachdem die Ukraine teilweise die Energieblockade der Krim aufgehoben hat, hat die Regierung der DVR die Entscheidung über eine Wiederaufnahme der Kohlelieferungen in die Ukraine getroffen. Wir werden Kiew pro Tag etwa 15.000 Tonnen Kohle der Marke T liefern", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er sagte, dass die Kohle in erster Linie an die Kraftwerke in den zentralen Regionen der Ukraine geliefert werden wird. "Das geschieht deswegen, um die ukrainischen Kraftwerke zu versorgen, die Energie an die Krim liefern", fügte Poljakow hinzu.

De.sputniknews.com: Skandal um Obamas Vize: Sohn von Joe Biden in ukrainische Korruption verwickelt?

Der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden ist nach Informationen der Zeitung The New York Times in Korruptionsschemata ukrainischer Unternehmen verwickelt.

"Das Vertrauen zu Anti-Korruptions-Aufrufen von Biden wird durch die Tatsache geschwächt, dass sein Sohn, Hunter Biden, mit dem Gasriesen Burisma Holdings und dessen Besitzer

Nikolaj Zlotschewski eng verbunden ist", so die New York Times mit Blick auf den jüngsten Ukraine-Besuch von Biden.

Der Zeitung zufolge sei der 45-jährige "Washingtoner Lobbyist" Hunter Biden im April 2014 Burisma-Vorstandsmitglied geworden, als britische Beamten die Bankkonten von Zlotschewski in London im Wert von 23 Millionen Dollar einfrieren ließen. Die Konten seien wegen Ermittlungen wegen Geldwäsche gesperrt worden.

"Nachdem ukrainische Staatsanwälte sich weigerten, für die Ermittlung notwendige Dokumente bereitzustellen, gab das britische Gericht Zlotschewskis Konten frei. Die Ablehnung der Zusammenarbeit durch den ukrainischen Generalstaatsanwalt wurde vom US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey R. Pyatt, scharf kritisiert", heißt es im NYT-Artikel. Die Widersprüchlichkeit der Auftritte von Joe Biden in der Ukraine unterstrich Edward C. Chow, ein Experte für ukrainische Politik im US-Zentrum für strategische und internationale Forschung. "Sie kennen die Situation mit Hunter Biden, wie kann man denn dann noch den Worten des Vize-Präsidenten trauen? Mit seinen Aussagen zeigt Biden gegenüber vielen Ländern unsere Heuchelei bezüglich solcher Fragen", sagte Chow. Ein Vertreter von Burisma Holdings weigerte sich, der New York Times einen Kommentar zu geben. Bei seinem zweitägigen Ukraine-Besuch rief der US-Vizepräsident Joe Biden Kiew dazu auf, den Kampf gegen die Korruption fortzusetzen und weiter Erfolge bei der Umsetzung der Reformen zu demonstrieren. Darüber hinaus äußerte der US-Politiker seine Zuversicht, dass Donbass-Einwohner im Falle eines Referendums für den Verbleib der Region in der Ukraine stimmen würden.



http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30634/59/306345966.jpg

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben in der letzten Nacht mit Granatwerfern die frontnahe Zone im Norden von Gorlowka beschossen. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

"In der Nacht haben ukrainische Truppen die Umgebung der Siedlung des Bergwerks 6-7 beschossen", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner mit Granatwerfern des Kalibers 82mm geschossen hat.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht das Dorf Spartak beschossen, das im Jasinowataja-Bezirk der DVR in der Nähe des Donezker Flughafens liegt, es brannte ein Wohnhaus ab. Dies teilten heute Einwohner mit.

"In dieser Nacht brannte ein Haus auf der Drushba-Straße ab. Es wurde mit Granatwerfern geschossen, es wurde Leuchtspurmunition verwendet. Bei uns brennen zurzeit regelmäßig Häuser nach Beschüssen", sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Sie fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte in der Nacht von ihren Positionen in

Opytnoje aus geschossen haben.

"Bis Mitternacht wurden wir so intensiv beschossen, dass wir in die Keller gehen mussten", sagte die Einwohnerin.

De.sputniknews.com: US-Aufklärungseinheiten konzentrieren sich auf die Ausbildung von Linguisten, vor allem der russischen Sprache, wie der Befehlshaber der US-Truppen in Europa, General Ben Hodges, mitteilte.

"Unsere Geheimdienste konzentrierten sich in den letzten Jahren auf dem Nahen Osten, aber auch auf die Ausbildung von Linguisten – Träger der russischen, ukrainischen, arabischen, paschtunischen Sprachen, sowie Dari", sagte Hodges.

Dem General zufolge leisteten dabei besonders Migranten eine große Hilfe. "Es gibt genug Migranten der ersten und zweiten Generation aus diesen Ländern, die diese Sprachen kennen. Wir bekommen Hilfe von ihnen", so Hodges weiter.

Dan-news.info: Die Kohlevorräte in der Ukraine haben sich um ca. 200.000 Tonnen während der Kohleblockade von Seiten der DVR verringert. Dies teilte heute der Leiter der Koordination für strategische Produktionsentwicklung der Administration des Republikoberhaupts Eduard Poljakow mit.

"Nach letzten Informationen sind in den ukrainischen Lagern noch 1,9 Mio. Tonnen Kohle, was 200.000 weniger ist als vor der Einführung der Kohleblockade des Donbass", sagte der Vertreter der Administration des Republikoberhaupts.

Poljakow sagte, dass bei Beginn der Blockade von Seiten der DVR die ukrainischen Vorräte für den Winter mehr als 2 Mio. Tonnen Kohle betrugen. "Was fast die Hälfte weniger ist, als für diese Jahreszeit normal ist", unterstrich er.

Nach Meinung des Beamten wird es die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen aus der DVR der Ukraine erlauben, eine Energiekrise und ein Defizit an Kohle zu vermeiden.

De.sputniknews.com: Italien lehnt automatische Sanktionsverlängerung gegen Russland ab "Am Mittwochabend hat sich etwas sehr Ungewöhnliches ereignet. So ungewöhnlich, dass italienische Medien es ignoriert haben", schreibt der Journalist Marcello Foa in seinem Blog auf der Webseite der italienischen Zeitung "II Giornale".

Es geht darum, dass Italien eine automatische Sanktionsverlängerung gegen Russland abgelehnt hat.

"Der italienische Premier Matteo Renzi hat den Mut aufgebracht, auf die automatische Verlängerung der von Europa verhängten Russland-Sanktionen zu verzichten. Er hat es allein getan, den wichtigsten EU-Partnern – Deutschland und Frankreich – sowie den USA zum Trotz", schreibt Foa.

Laut dem Journalisten hat die italienische Seite die Sanktionsverlängerung nicht verboten, aber gefordert, die Beziehungen zwischen der EU und Russland auf höchster Ebene noch einmal zu diskutieren. Fragen solcher Ebene dürfen nicht "leise" besprochen werden, so Renzi. Es sei jedoch bislang unklar, was Renzi zu diesem Schritt bewogen habe. Foa vermutet, dass es mehrere Gründe dafür gebe. Möglicherweise ließ sich Renzi von italienischen Produzenten beeinflussen, die wegen der Gegenmaßnahmen Russlands immense Verluste einfahren.

Vielleicht wollte Renzi auch, dass Europa ihn ernster nimmt. Oder er habe Berlusconi, dem "einzigen politischen Führer Italiens (…), der keine Angst habe, offen gegen Moskaus Isolation aufzutreten", einfach Gehör geschenkt.

Auf jeden Fall war dies laut dem Journalisten ein sehr überraschender Schritt.

Dan-news.info: Die OSZE-Mission hat heute die Einrichtung einer Basis in Debalzewo mit den örtlichen Behörden vereinbart, schon in der nächsten Nacht werden Beobachter in der Stadt sein. Dies teilte der stellvertretende Leiter der Mission Alexander Hug mit.

"Wir haben die Eröffnung einer OSZE-Basis in Debalzewo erörtert, wie sie arbeiten wird. Wir haben eine Vereinbarung erreicht. Es ist notwendig, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zu einem friedlichen Leben zurückzukehren. Nach diesem Besuch haben wir sozial wichtige Infrastrukturobjekte besucht. Diese Nacht werden wir in Debalzewo verbringen", sagte der Vertreter der internationalen Organisation nach einem Treffen mit dem Leiter der Stadtverwaltung von Debalzewo Alexej Granowskij.

Nach den Worten Hugs wird die Basis in Debalzewo in ihren Funktionen vergleichbar mit der sein, die gestern in Gorlowka eröffnet wurde. "Ja, das ist unsere Absicht – mit der Arbeit einer Patrouillenbasis hier in Debalzewo zu beginnen", sagte der Leiter der Mission auf eine entsprechende Frage von DAN.

Dan-news.info: Drei leerstehende private Häuser in Spartak nicht weit vom Donezker Flughafen wurden durch Brände in der Folge eines Beschusses von den Positionen der ukrainischen Truppen vernichtet. Dies teilten heute Einwohner mit.

"Es ist jetzt klar geworden, dass von dem Beschuss im Ganzen drei Häuser abgebrannt sind. Dort gab es direkte Treffer, aber Gott sei Dank leben in diesen Häusern keine Menschen", sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

De.sputniknews.com: Moskau betrachtet die Verlegung der türkischen Truppen in den Irak als grobe Verletzung des Völkerrechtes, wie die Sprecherin des russischen

Außenministeriums, Marija Sacharowa, am Donnerstag bei einem Pressegespräch sagte. "Ausgehend von der Reaktion einiger Mitglieder des UN-Sicherheitsrates kam dieses Vorgehen des türkischen Militärs sogar für deren engsten Verbündeten völlig unerwartet. Wegen der bereits berüchtigten blockgebundenen Solidarität haben sie Ankara nicht dafür kritisiert, dass es das Völkerrecht so grob verletzt hat", so Sacharowa.

Russlands Außenministerium hoffe darauf, dass der UN-Sicherheitsrat in seiner Sitzung die "Hitzköpfe in Ankara abkühlen" und vor "kopflosen Schritten und Provokationen" warnen werde.

Bagdad zufolge war am 4. Dezember ein türkischer Panzerbataillon unter dem Vorwand auf irakisches Gebiet eingedrungen, kurdische Kämpfer ausbilden zu wollen, die gegen Terroristen kämpfen sollten. Das irakische Außenministerium bezeichnete den Einmarsch als mit den Behörden nicht abgestimmte, "feindliche Handlung".

Am Sonntag erklärte der irakische Regierungschef Haider al-Abadi, dass sich die irakischen Behörden das Recht vorbehielten, beliebige Gegenschritte zu unternehmen. Unter anderem sollte auch der Weltsicherheitsrat eingeschaltet werden, wenn die türkischen Truppen den Irak binnen 48 Stunden nicht verlassen.

Am Montag sagte er, die Türkei habe lediglich noch 24 Stunden, bis diese Frage dem UN-Sicherheitsrat zur Erörterung vorgelegt wird.

Ihrerseits erklärte die Türkei die Verlegung ihrer Truppen in den Irak durch die nötige Bewachung türkischer Instrukteure, die das kurdische Volksheer in der irakischen Provinz Nainawa ausbilden.

Wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan zuvor mitgeteilt hatte, sind die türkischen Militärs im Militärstützpunkt im Nordirak auf Bitte des Premiers des Landes Al-Abadi seit 2014 stationiert.

Dan-news.info: Die Behörden von Debalzewo planen im nächsten Jahr die im Verlauf der Kämpfe beschädigte Straße in Richtung Uglegorsk wieder aufzubauen. Dies teilte heute der Leiter der Stadtverwaltung von Debalzewo Alexej Granowskij mit.

"Im nächsten Jahr planen wir die Straße zwischen Uglegorsk und Debalzewo wieder aufzubauen, die durch die Kämpfe stark beschädigt wurde", sagte der Bürgermeister. Er fügte hinzu, dass die kommunalen Dienste ab heute mit der Reparatur der Schlaglöcher auf den zentralen Straßen beginnen.

"Bis Ende des Jahres planen wir fünf zentrale Straßen in der Stadt zu reparieren. Danach ist geplant, die Wege in Wohngebieten zu reparieren", fügte der Gesprächspartner der Agentur hinzu.

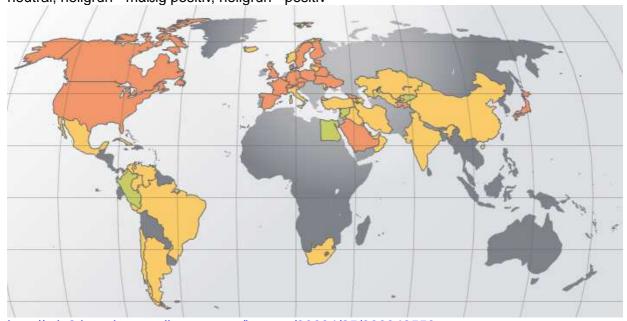
Nachmittags:

De.sputniknews.com: Bei einer neuen Sputnik-Studie zur westlichen Berichterstattung über Russland sind deutsche Medien mal wieder ganz vorn mit dabei, wenn es um negative Nachrichten geht. Ganz oben in der Liste – die FAZ.

Die Grafik zeigt, dass fast alle europäische Länder sowie die USA zumeist negativ über Russland berichten. Aber auch Saudi-Arabien und Japan schließen sich dieser Tendenz an. Bei der Studie wurde die Berichterstattung vom 30. November bis zum 6. Dezember ausgewertet.

Die größte Anzahl negativer Berichte in der erforschten Zeitperiode kommt jedoch aus Deutschland – 139 negative Publikationen – 132 davon sind gemäßigt negativ, 7 — negativ. Besonders deutlich wird das, wenn man sich die Berichterstattung zum Abschuss des russischen Jets an der syrischen Grenze durch die Türkei ansieht....

Berichterstattung zu Russland auf der Weltkarte. Orange - mäßig negativ, rot - negativ, gelb - neutral, hellgrün - mäßig positiv, hellgrün - positiv



http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30634/85/306348559.png

Dan-news.info: Rettungskräfte der DVR haben die Entminungsarbeiten abgeschlossen, die für den Wiederaufbau der Hochspannungsleitungen erforderlich sind. Dies teilte heute der Leiter der russischen Vertretung im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination

des Regimes der Feuereinstellung Hassan Kalojew mit.

"Das Territorium, wo die Hochspannungsleitungen bei Gorlowka wieder aufgebaut werden, ist vollständig entmint. Dort werden die Reparaturarbeiten fortgesetzt", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Kalojew fügte hinzu, dass derzeit die ukrainische Seite auch eine Entminung auf dem von ihr kontrollierten Territorium durchführt.

De.sputniknews.com: Kiew: Bewohner benennen Flugzeug nach berüchtigtem Nationalisten Bandera

Ukrainer wollen laut Medienberichten ein neues Transportflugzeug des Typs An-178 nach dem berühmt-berüchtigten ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera benennen. Das hat eine Umfrage des Luftfahrtunternehmens Antonow in sozialen Netzwerken gezeigt. Mehr als 2.500 Facebook-User haben dafür gestimmt, dass das neue Transportflugzeug den "völkischen Namen" Bandera tragen soll, wie aus einem Post auf der offiziellen Facebook-Seite des ukrainischen Luftfahrtunternehmens Antonow hervorgeht.

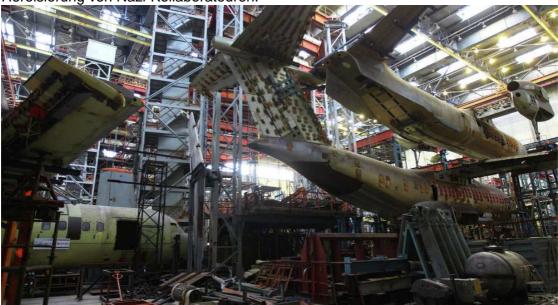
Auf Platz zwei landete Sultan Ahmet Han und auf Platz drei der Name Cyborg mit jeweils ungefähr 700 Stimmen. Dennoch ist der Name des ukrainischen nationalistischen Politikers der absolute Favorit. In Russland, aber auch in Polen und im Osten der Ukraine gilt Bandera als Nazi-Kollaborateur und Kriegsverbrecher.

Die Reaktion aus Moskau kam prompt: Russlands für die Rüstungsindustrie zuständige Vizepremier Dmitri Rogosin kommentierte das Thema in seinem Twitter-Account mit den Worten: "Dann müssen wir unseren Abfangjäger SMERSch" nennen" (SMERSch— von SMERt Schpionam – russisch für "Tod den Spionen").

Die beiden ukrainischen Nationalistenorganisationen OUN, zu deren Führungskadern Bandera gehörte, und UPA hatten im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine auf der Seite der Wehrmacht gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft. Im Sommer 1943 richteten die Nationalisten das Massaker von Wolhynien an der polnischen Zivilbevölkerung an.

Selbst ukrainische Historiker gestehen heute die Zahl der polnischen Opfer ein: Bis Ende 1943 wurden 50 000 bis 60 000 Männer, Frauen und Kinder auf unvorstellbar grausame Weise abgeschlachtet.

Am 9. April hatte das ukrainische Parlament (Rada) in einem Gesetz die ehemaligen Mitglieder der beiden Organisationen als Unabhängigkeitskämpfer eingestuft und ihnen gesetzlich weite Sozialprivilegien gewährt. Einige Experten sprachen damals von einer Heroisierung von Nazi-Kollaborateuren.



http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30171/10/301711005.jpg

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Heute fand in Donezk vor dem Hotel, wo die OSZE-Basis untergebracht ist, unter der Losung "Hört die Stimme des Donbass!" eine Kundgebung statt, die von Aktivisten der gesellschaftlichen Organisation "Molodaja Respublika" organisiert wurde. Die Kundgebung ist dem Internationalen Tag der Menschenrechte gewidmet, der jährlich auf Vorschlag der Generalversammlung der UNO stattfindet.

Im Rahmen der Veranstaltungen fand eine Aktion des friedlichen Protests statt, bei dem die Jugend der DVR die Weltöffentlichkeit aufrief, ihre Aufmerksamkeit auf die Verletzungen grundlegender Menschenrechte zu richten, die in den meisten internationalen Konventionen festgelegt sind.

Außerdem wurde während der Kundgebung ein Aufruf an die ukrainische Regierung veröffentlicht, die den Aktivisten von "Molodaja Respublika" Wiktor Nasarow ungesetzlich festhält. An der Kundgebung nahm die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa und der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, der Vorsitzende von "Molodaja Respublika" Sergej Kindrykinskij teil.

"Der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte tut alles dafür, dass die Menschenrechte beachtet werden. Ich bin überzeugt, dass wir der ganzen Welt beweisen und zeigen werden, was hier bei uns seit 1,5 Jahren geschieht. In diesem Jahr habe ich etwa 30.000 Beschwerden über die Verletzungen von Menschenrechten erhalten. Überlegt Euch mal diese Anzahl! Die Mehrheit von diesen Beschwerden sind von unseren Gefangenen, von den Menschen, die uns verteidigt haben, politische Gefangene, Zivilisten. Sie befinden sich in Untersuchungsgefängnissen und Gefängnissen des Sicherheitsdienstes der Ukraine. Etwa 30 Menschen wurden von ukrainischen Gerichten verurteilt. Wir werden ihre Freilassung erkämpfen. Und wir werden das schaffen! Die Menschen, die dorthin geraten sind, werden auf jeden Fall zu uns zurückkehren", sagte Darja Morosowa.

Der Vorsitzende von "Molodaja Respublika" sagte: "Wir erlauben niemandem uns einzuschüchtern. Im Gegenteil, wir werden noch aktiver unsere Aktionen durchführen, die nicht nur auf die Verteidigung der Menschenrechte, sondern auch auf das Wohl aller Einwohner der DVR gerichtet sind! Wir sehen, dass unsere gesellschaftliche Organisation eine Gefahr für die ist, die sich in der Ukraine an der Macht befinden. Wir werden gegen sie kämpfen!"



http://dan-news.info/wp-content/uploads/2015/12/DSC 0006-1024x682.jpg

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa heute, in welchem Stadium sich die Vereinbarungen bezüglich des Austauschs von Gefangenen nach der Formel "alle gegen alle" zwischen der DVR und der Ukraine befinden.

"Leider hat die Formel "alle gegen alle" noch nicht begonnen zu funktionieren. Ich meine, dass diese Formel überhaupt nicht funktioniert. Erstens sind die Strafverfahren gegen die Menschen, die im Verlaufe aller Austausche freigelassen wurden, nicht eingestellt worden. Die Haft ist gegen eine Verpflichtung ausgetauscht worden, nicht auszureisen. Sobald sie die Abgrenzungslinie zwischen der DVR und der Ukraine überquerten, wurden sie zur Fahndung ausgeschrieben.

Die nächste Tatsache ist, dass sie keine Dokumente haben, die ihre Identität bestätigen. Entsprechend ist ein Mensch ohne Pass sozusagen eine "Geisel der Republik". Bei der letzten Sitzung im Minsk am 8. Dezember habe ich diese Frage aufgeworfen. Der Botschafter Herr Frisch, der bald unsere Republik besuchen wird, hat auch sein Entsetzen über diese Tatsache zum Ausdruck gebracht und die ukrainische Seite ein weiteres Mal gebeten, den Menschen ihre Dokumente auszuhändigen, wenn sie ihnen nicht zurückgegeben wurden", sagte sie.

"Wenn die ukrainische Seite die politischen Gefangenen und die Zivilisten freilassen würde, dann wäre das ein großer Schritt beim Austausch "alle gegen alle". Ich erkläre, dass wir vollständig bereit zur Erfüllung dieses Punktes sind, wir sind bereit, alle Anklagen gegen über den Personen fallen zu lassen, die sich bei uns befinden und sie der ukrainischen Seite zu übergeben", fügte Darja Morosowa hinzu.

Nach den Worten der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte befinden sich jetzt mehr als 1500 Bürger der Republik in ukrainischer Gefangenschaft.

Dan-news.info: Der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, das Mitglieder der gesellschaftlichen Bewegung "Donezkaja Respublika", der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation "Molodaja Respublika" Sergej Kondrykinskij hat über die Ziele der Kundgebung zum Schutz der Menschenrechte in Donezk berichtet.

"Wir wollen, dass die Menschen, die mit der Beobachtermission im Donbass sind, verstehen, dass wir nicht schweigen werden! Sie müssen ihre Mission erfüllen. Einer der Aktivisten von "Molodaja Respublika" wurde vom Sicherheitsdienst der Ukraine festgenommen und ist unter dem Strafsachverhalt "Terrorismus" angeklagt. Danach, buchstäblich nach wenigen Wochen, haben wir einen Informationsfilm gesehen, in dem die gesellschaftliche Organisation "Molodaja Respublika" in einer sehr schlechten Weise dargestellt wurde. Tatsächlich befassen wir uns mit Jugendpolitik, gesunder Lebensweise, patriotischer Erziehung. Wir sind an den militärischen Ereignissen gar nicht beteiligt. Im Gegenteil haben wir immer unsere friedlichen Absichten unterstrichen, wir sind dafür, dass möglichst schnell alle Kämpfe eingestellt werden", sagte Sergej Kondrykinskij.

Dnr-online.ru: Die Gewerkschaftsföderationen der DVR und der LVR haben eine Vereinbarung über Zusammenarbeit unterschrieben. Unterschrieben wurde das Dokument von den jeweiligen Vorsitzenden Maxim Parschin und Oleg Akimow.

"Wir hoffen auf einen fruchtbaren Austausch und Zusammenarbeit mit den Luganskern. Zurzeit sind unsere Hauptanstrengungen auf eine Ausweitung der Mitgliederzahl in Unternehmen unterschiedlicher Eigentumsform gerichtet, insbesondere bei privaten Unternehmen. Wir sind bereit, unsere Erfahrung zu teilen, und werden gerne die Erfahrung der Kollegen nutzen. Schon heute haben wir viel Interessantes zur Kenntnis genommen", sagte der Vorsitzender der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin. Die Hauptrichtung der Zusammenarbeit wird die Verteidigung der sozialen und

ökonomischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder in Fragen des Arbeitsentgelts, der Abgabenzahlungen, Unterstützung beim Aufbau der Wirtschaft, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Migration und Organisation des Arbeitsmarktes, Einhaltung des Arbeitsschutzes, kollektivvertragliche Regelungen von sozialen Garantien, Ausbildung und Umschulung sein. Die Seiten haben vereinbart, gemeinsame Anstrengungen zur Erhöhung des Einflusses der Gewerkschaften bei der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen zu unternehmen und gemeinsame sportliche und kulturelle Veranstaltungen, Radio- und Fernsehsendungen, Pressekonferenzen, Diskussion und andere Maßnehmen durchzuführen, teilte der Pressedienst der Gewerkschaftsföderation der DVR mit. Der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR Oleg Akimow sagte: "Für uns ist die Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der DVR nicht einfach eine Unterschrift unter irgendein Dokument. Die DVR ist für uns nicht nur ein Nachbar, wir sind ein Volk, das gemeinsam standgehalten und gesiegt hat. Unsere Kollegen und wir haben jeweils interessante Erfahrungen, die wir austauschen werden. Wir werden als ein Team arbeiten und in einer Gewerkschaftsfamilie leben".

Die Vereinbarung zwischen der Gewerkschaften der LVR und der DVR ist für fünf Jahre abgeschlossen. Sie wird automatisch verlängert, wenn nicht eine der Seiten seine Gültigkeit beenden will.

De.sputniknews.com: Der Skandal um die nach einem Diebstahl in einem Museum in den Niederlanden in der Ukraine aufgetauchten Gemälde zeigt, dass die Ukraine noch weit entfernt von der EU ist, schreibt der Kolumnist Leonid Bershidsky von Bloomberg View. "Die bizarre Episode um zwei Dutzend gestohlene Bilder von alten holländischen Meistern zeigt, welch langen Weg die Ukraine noch zurücklegen muss, um eine europäische Nation zu werden, und erklärt, warum die Holländer Befürchtungen wegen der Ratifizierung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine haben", so der Kolumnist. Es handelt sich um 24 Gemälde im Gesamtwert von zehn Millionen US-Dollar, die 2005 aus dem Westfriesischen Museum in der Kleinstadt Hoorn gestohlen worden waren. Die Bilder wurden in einer Villa in der Ukraine entdeckt. Zwei ukrainische Freiwilligen-Kämpfer hatten im Juli in der niederländischen Botschaft in Kiew ihren Fund gemeldet. "Die Extremisten der Organisation der ukrainischen Nationalisten betonten, dass sie über die ganze Bildersammlung verfügen, die aus dem Westfriesischen Museum gestohlen wurde", hieß es auf der Webseite des Museums. Als Beweis wurde das Foto eines Bildes vorgelegt. Die Organisation der ukrainischen Nationalisten bestehe vor allem aus rechtsextremen Mitgliedern, die mit der in Russland verbotenen Organisation "Rechter Sektor" in Verbindung steht.

Vertreter des holländischen Museums teilten mit, dass sie mit Boris Gumenjuk, einem Kommandeur eines Bataillons, gesprochen hätte. Ihnen zufolge forderte er 50 Millionen Euro für die Gemälde. Wie es auf der Facebook-Seite des Bataillons hieß, befasste sich Gumenjuk mit PR und dem Sammeln von Geldern für die Organisation und wurde gefeuert, nachdem sich herausstellte, dass das gesammelte Geld nur zum Teil ins Bataillon floss. Nach Angaben des Museums sind auch Vertreter der ukrainischen Sicherheitsbehörden und hochrangige Politiker in Gelderpressungsversuche in diesem Fall verwickelt. Unter anderem werden der Chef der nationalistischen Freiheitspartei, Oleg Tjagnibok, und der ehemalige Chef des ukrainischen Inlandgeheimdienstes SBU, Walentin Naliwajtschenko, erwähnt. Bershidsky zufolge sind die Verhandlungen über die Rückgabe der Bilder in eine Sackgasse geraten. Die Niederländer wollen diese Geschichte jetzt an die Öffentlichkeit bringen. Der Vorfall, der in den Niederlanden für großes Aufsehen erregt habe, werde die Sympathien gegenüber den Ukrainern kaum steigern, so Bershidsky.

Viele Niederländer sind beunruhigt über einen möglichen EU-Beitritt der Ukraine. Eine Gruppe von Aktivisten berichtete im Oktober, dass sie 427.000 Unterschriften für ein Referendum zur Zweckmäßigkeit der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine sammelte. Die Abstimmung soll am 6. April 2016 stattfinden. Laut Bershidsky sind die Ergebnisse der Abstimmung nicht verbindlich, doch die niederländische Regierung wird

sie kaum ignorieren können. Kiew steht unter Druck und muss etwas unternehmen. Doch das sei für Kiew nicht so einfach. Die jetzige Ukraine sei ein Land voller Waffen in Händen radikaler Gruppierungen, die keinen Respekt vor den Behörden haben, so der Kolumnist. Die Regierung gehe vorsichtig vor, was harte Maßnahmen gegenüber Vertretern der Freiwilligenbataillone betreffe, weil sie einst ein Instrument für den Machtwechsel gewesen seien und jetzt auch gefährlich sein können, falls man sie provoziere.



http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30635/31/306353161.jpg

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat den Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) angewiesen, ihm Informationen über den Diebstahl von Gemälden aus dem niederländischen Museum Klarheiten zu verschaffen.

Das teilte dem Ukrinform-Korrespondenten der Pressesprecher des Staatsoberhauptes Swjatoslaw Zegolko mit.

"Der Präsident hat den Sicherheitsdienst angewiesen, die Information zu prüfen, die aus den Niederlanden über die gestohlenen Gemälde kam", sagte Zegolko.

Es sei zu erinnern, dass auf der Webseite des niederländischen Museums Westfries die Meldung erschienen ist, dass sich die aus diesem Museum im Jahr 2005 gestohlene Sammlung von Gemälden niederländischer Maler in der Ukraine befindet.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie ist in den letzten 24 Stunden angespannt geblieben. Die ukrainischen Truppen haben das Regime der Feuereinstellung neun Mal verletzt. "Beschossen wurden die Gebiete von Wesjoloje, Abakumowa, Spartak, das Gebiet des Flughafens von Donezk, das Bergwerk 6-7 unter Verwendung von Granatwerfern, Panzertechnik und Schusswaffen. In den letzten 24 Stunden wurden mehr als zehn Granatgeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen", erklärte Eduard Basurin. Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Verschiebungen und Konzentration von Technik der ukrainischen Streitkräfte entlang der gesamten Kontaktlinie fest.

"So wurde in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt:

Dsershinsk, 5 km von der Kontaktlinie, eine Konzentration von Waffen und Militärtechnik insgesamt 100 Einheiten, darunter zehn Mehrfachraketenwerfer "Grad";

Krasnogorowka, 3 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 50 Soldaten mit Fahrzeugen des Type "Hammer" mit Waffen ausländischer Herkunft;

Werchnetorezkoje, 4 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von Panzern und Artilleriegeschützen sowie von eine Einquartierung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in sozialen Objekten.

Im Oblast Cherson wurde die Ankunft ausländischer Militärinstruktoren festgestellt, deren grundlegendes Ziel Diversionsaktivitäten auf dem Territorium der DVR ist", teilte Eduard Basurin mit.

Das offizielle Kiew fährt weiterhin einen Kurs aggressiver Politik in Bezug auf den friedlichen Donbass, indem es die Beschüsse des Gebiets von Gorlowka nicht beendet, erklärte Eduard Basurin.

"Ukrainische Medien liefern im Vorfeld der abschließenden Treffen für dieses Jahr in Minsk weiter betrügerische und falsche Informationen über das Geschehen im Donbass. Auf diese Weise versucht die ukrainische Seite in jeglicher Weise, "Minsk-2" zum Scheitern zu bringen, und erfüllt nicht die gegenüber den Staaten der normannischen Vier übernommenen Verpflichtungen. Eine Bestätigung dessen ist der Unwillen, einen Austausch von Kriegsgefangenen nach der Formel "alle gegen alle" durchzuführen, die Weigerung, die humanitäre Blockade der Republik aufzuheben und die zerstörte Wirtschaft und Infrastruktur wieder aufzubauen. Nur mit einer einheitlichen Front und gemeinsamen Handlungen bei der Lösung des Konflikts im Donbass können wir den Frieden in unser Land zurückbringen. Wir sind für den Frieden!", erklärte Eduard Basurin.

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die ukrainischen Streitkräfte haben Panzer, Artillerie und Mehrfachraketenwerfer "Grad" an die Kontaktlinie verlegt.

Nach den Worten Jaschtschenkos hat sich in den letzten 24 Stunden die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der DVR entlang der Kontaktlinie nicht wesentlich verändert und ist wie zuvor angespannt.

Er teilte auch mit, dass die ukrainischen Streitkräfte weiterhin Militärtechnik und Personal an der Kontaktlinie zusammenziehen. Es wurden wieder weitere Fakten, die von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zeugen, von der Volksmiliz sowie von Vertreten der OSZE-Mission festgestellt.

"Nach Informationen unserer Aufklärung haben die ukrainischen Streitkräfte vier Panzer T-64 nach Sheltoje verlegt und sie am Ufer des Sewerskij Donezk stationiert", sagte Jaschtschenko.

"Außerdem wurden im Bezirk von Staniza Luganskaja zwei Artilleriegeschütze "Pion" vom Kaliber 203 mm entdeckt", fügte er hinzu.

Nach den Worten Jaschtschenkos haben die Kiewer Truppen im Dorf Krjakowka in der Nähe von Trjochisbjonki zwei Mehrfachraketenwerfer "Grad" stationiert.

Auch im letzten Bereich der OSZE-Mission wurden die Entfernung von Militärtechnik durch ukrainische Soldaten aus den Lagerorten festgestellt.

"In dem Dokument wird bemerkt, dass in einem dieser Orte die Beobachtermission vier Haubitzen 2S1 "Gwosdika" Kaliber 122mm und fünf Haubitzen 2A36 "Giazint" Kaliber 152mm nicht vorgefunden hat. Es fehlten auch acht Antipanzerraketensysteme 9P149, die mit funkgesteuerten Antipanzerraketenkomplexen 9K114 "Schturm" Kaliber 134 mm ausgestattet sind", berichte der stellvertretende Leiter des Stabs.

Dabei unterstrich Jaschtschenko, dass alle zuvor abgezogene Technik der Volksmiliz der LVR an den Lagerorten bleibt.

"Dorthin kommen ständig die OSZE-Vertreter und stellen dies fest", sagte er.

Die ukrainischen Behörden haben bei Einwohnern des von Kiew kontrollierten Territoriums des Lugansker Lands schon mehr als 1000 Landstücke konfisziert, die in der Nähe der Kontaktlinie liegen, unter dem Vorwand einer Vorbereitung zu Kämpfen.

"Solche Dinge sind uns seit dem Sommer bekannt. Beschlagnahmung von Land von

Bürgern, angeblich zur militärischen Nutzung, läuft auch jetzt noch", sagte er. "Nach unserer Information sind von der Bevölkerung schon mehr als 1000 Landstücke beschlagnahmt worden, es wurden keinerlei Kompensationen gezahlt", fügte Jaschtschenko hinzu.

Nach seinen Worten wurden entsprechende Erlasse vom Kabinett der Ukraine ausgegeben. "Und die örtlichen Behörden des Lugansker Oblast unter Leiter des sogenannten Gouverneurs beschlagnahmen Land bei natürlichen und juristischen Personen zur Verstärkung der Befestigungen, zur Stationierung von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte und der Strafbataillone", berichtete Jaschtschenko.

Dan-news.info: Sechs von sieben während der Kämpfe beschädigte Schulen in Debalzewo wurden durch die städtischen Behörden wieder aufgebaut. Dies teilte der Bürgermeister der Heldenstadt Alexej Granowskij mit.

"Während des "Kessels" wurden in der Stadt sieben Schulen zerstört, bis jetzt ist es gelungen, sechs davon wieder aufzubauen. Eine Schule kann nicht wieder aufgebaut werden", sagte er.

Nach den Worten Granowskijs wurden in den Schulen die Dächer repariert, die Heizung eingerichtet, ein Teil der Fenster verglast, ein Teil mit Folie verschlossen. "Jetzt laufen die Abschlussarbeiten, der Unterrichtet findet statt", unterstrich der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Einheit, Vertrauen, Brüderlichkeit und die Verbindung zwischen den Generationen machen Russlands Menschen stärker, erklärte der russische Staatschef Wladimir Putin am Donnerstag bei der Verleihung von staatlichen Auszeichnungen und Ehrentiteln an russische Bürger.

"Die Zeit fordert uns immer vom Neuen heraus; sie stellt unseren Zusammenhalt und unsere Bereitschaft, Hand in Hand unsere nationalen Interessen zu bewahren und zu verteidigen, auf eine Probe", sagte er bei der Festveranstaltung.

"In solchen Momenten ist besonders stark zu spüren, wie bedeutsam Vertrauen, Solidarität und die Verbindung zwischen den Generationen sind; wie wichtig es ist, die Geschichte unserer Heimat und ihre Lehren schätzen zu wissen, und sich auf die Tradition von Brüderlichkeit und Harmonie zu stützen, die unser multinationales Volk vereinen", fügte er hinzu.

Die Bürger Russlands hätten stets ihren Glauben an das Gute und die Gerechtigkeit behalten und seien auch immer in der Lage gewesen, alles zu verwerfen, was das Vorankommen behindern würde – alle Uneinigkeiten im Namen der Liebe zur Heimat, betonte der Präsident.

Am 10. Dezember vergab Putin staatliche Auszeichnungen und Ehrentitel an über 40 russische und ausländische Bürger. Als "Held Russlands" wurde Leutnant Serik Sultangabijew mit einem Orden in Form eines goldenen Sterns ausgezeichnet. Im vergangenen Jahr rettete Sultangabijew während einer Militärübung einen Unteroffizier, indem er ihn mit seinem Körper vor einer Granatexplosion deckte.

Dan-news.info: Die Mitteilung, dass die Milizen der DVR angeblich die okkupierte Stadt Kurachow westlich von Donezk mit Mehrfachraketenwerfern "Grad" beschossen haben, entspricht nicht der Wirklichkeit und ist ein weitere provokative Falschmeldung von der ukrainischen Seite. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

"Solche Mitteilungen zeugen von der Vorbereitung von provokativen Meldungen durch die ukrainischen Streitkräfte, die auf die Diskreditierung der Armee der DVR gerichtet sind",

sagte Basurin. "Von unserer Seite gab es keinen Beschuss, weder mit "Grad-Systemen" noch mit irgendwelchen anderen Waffen".

Wir merken an, dass ukrainische Medien in den letzten zwei Tagen systematisch falsche Meldungen über angebliche Beschüsse von von Kiew kontrollierten Ortschaften durch die Milizen der DVR verbreiten.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat die Kohlelieferungen an die Ukraine wiederaufgenommen, vor allem aus humanitären Gründen. Dies teilte heute der Leiter der Koordination für strategische Produktionsentwicklung der Administration des Republikoberhaupts mit.

"Hauptsächlich werden wir Kohle an das ukrainische Staatsunternehmen "Zentrenergo", das in Kiew liegt", sagte Poljakow. "Diesem Staatsunternehmen werden wir Kohle aus zwei Gründen liefern. Der erste: uns ist klar, dass die Vorräte an Kohle in den ukrainischen Lagern miserabel sind. Das zweite Moment ist, dass es deswegen geschieht, um die einfachen Einwohner der Ukraine nicht ohne Strom zu lassen".

Poljakow sagte, dass die Kohle aus der DVR teilweise auch an das Slawjansker Kraftwerk geliefert wird.

"Obwohl sich Slawjansk auf zeitweilig okkupiertem Territorium befindet, ist es unsere Stadt und dort leben unsere Leute, die wir nicht fallen lassen. Damit wegen eines Defizits an Kohle der Strom nicht auf dem Territorium der DVR abgeschaltet wird, das von Kiew besetzt ist, werden wir an das Slawjansker Kraftwerk Kohle liefern", fügte der Gesprächspartner der Agentur hinzu.

De.sputniknews.com: "Surfe in Frieden!" – Moskau stattet Friedhöfe mit freiem WLAN aus In den vergangenen Jahren hatten die Moskauer Behörden in der U-Bahn, in Bussen und sogar in ganzen Stadtvierteln ein drahtloses Gratis-Netz aufgebaut. Mit WLAN soll nun auch der Besuch von Friedhöfen komfortabler und moderner gemacht werden.

Gratis Internet jetzt auch auf der letzten Ruhestätte – ab der ersten Hälfte 2016 können die Moskauer auch beim Besuch ihrer verstorbenen Verwandten und Freunde im Netz surfen, berichtet das offizielle Nachrichtenportal der Moskauer Behörden. Das drahtlose Netz werde vor allem in den Bereichen des Friedhofs zugänglich sein, wo sich spezielle Erholungszonen und Sitzbänke befinden.

"Der freie WLAN auf dem Friedhof wird den Besuchern durchaus von Nutzen sein. Im Online-Modus wird jeder Mensch im Netz nun Auskunft und Informationen über einen Verstorbenen oder dessen Grabmal bekommen können. Darüber hinaus wird man außerdem auch eine Karte des Friedhofs herunterladen können", sagte ein Vertreter des staatlichen Bestattungsdienstes zu Journalisten.

Der kostenlose Internetzugang werde den Besuch bequemer machen und auch zum Wissen der Moskowiter beitragen – auf den Moskauer Friedhöfen befinden sich unzählige historische und kulturelle Denkmäler. So verdankt zum Beispiel der bekannte Nowodewitschi-(Neujungfrauen-) Friedhof seinen Namen dem danebenliegenden Nowodewitschi-Kloster, das zum UNESCO-Welterbe zählt.

Lug-info.com Der Ministerrat der LVR hat mit einem Erlass die Aktiengesellschaft "Swerdlowsker Maschinenbaufabrik" unter zeitweilige Verwaltung gestellt. Ziel der Maßnahme ist die Sicherung des Eigentums des Unternehmens, die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Unterstützung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Handelspartnern.

Die Maßnahme ist zunächst für 18 Monate angesetzt.

Ukrinform.ua: Der Präsident von Polen, Andrzej Duda, plant während seines offiziellen Besuchs in der Ukraine am 14.-15. Dezember, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Warschau und Kiew vorzuschlagen.

Das erklärte heute auf der Pressekonferenz in Warschau der polnische Kanzleramtsminister Krzysztof Szczerski, berichtet der Ukrinform-Reporter aus Polen.

"Der Präsident will über eine ganze Reihe neuer Formen der Zusammenarbeit diskutieren, in erster Linie über politische, aber auch im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit", sagte er.

Szczerski machte darauf aufmerksam, dass ab dem Januar 2016 das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU in Kraft tritt, was den Bereich der gegenseitig vorteilhaften Investitionen und wirtschaftlicher Kontakte zwischen den beiden Ländern erweitert.

"Auch die polnisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen werden neue Bedingungen für die Zusammenarbeit EU-Ukraine berücksichtigen müssen", stellte der polnische Kanzleramtsminister fest.

Ukrinform.ua: Der Präsident der Republik Zypern, Nikos Anastasiadis, kommt morgen zu einem offiziellen Besuch in die Ukraine.

Das teilt die offizielle Webseite des ukrainischen Staatschefs mit.

Um 11:00 Uhr soll das offizielle Treffen von Poroschenko mit Anastasiadis und um 12:00 Uhr die Zeremonie der Unterzeichnung der ukrainisch-zyprischen Dokumente stattfinden, wonach beide Präsidenten eine Erklärungen für die Medien machen werden. Außerdem nehmen Poroschenko und Anastasiadis am Treffen mit Vertretern der ukrainischen und zypriotischen Geschäftskreise teil. Die Veranstaltung findet in der Industrie- und Handelskammer der Ukraine um 13:45 statt.

Dnr-online.ru: In der DVR werden die Tarife für Gas nicht erhöht. Über die Gaspreise und die Tätigkeit des staatlichen Unternehmens "Donbassgas" berichtete der Generaldirektor von "Donbassgas" Sergei Filippow in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR. "Es war notwendig maximale Anstrengungen einzubringen, um einen solchen Preis zu erreichen, wie er im Gaslieferungsvertrag vorgesehen ist. Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko konnte dies erreichen und einen Vertrag abschließen, dank dem der Preis für die Lieferung von Gas die Möglichkeit gibt, die Tarife nicht zu erhöhen. Bei der Ukraine hatte das Unternehmen, das Gas auf das Territorium der DVR lieferte, direkte Verträge mit den Abnehmern. Derzeit fordert dieses Unternehmen von der Führung der Republik alle Verpflichtungen der Abnehmen von Gas gegenüber ihrem Unternehmen zu übernehmen. Unser Staat hat das natürlich abgelehnt, weil von ihrer Seite verschiedene Mittel verwendet wurden, darunter auch Erpressung. Das hießt, es wird zu wenig Gas geliefert, es wird alles getan, damit in der Republik die Bedingungen für eine Entwicklung der Ökonomie und eine Zunahme der Produktion nicht gegeben sind. Ich denke, dass in der nächsten Zeit diese Frage geregelt wird. Ich möchte, dass die Menschen, die Druck auf unseren Staat ausüben, hierhin kommen und den Bürgern in die Augen sehen, die hier unter den Beschüssen gelitten haben und ohne Mittel für ihren Lebensunterhalt sind. Ich sehe die Gesichter dieser Menschen jeden Tag und rufe diejenigen auf, die uns jetzt Knüppel zwischen die Beine werfen, darüber nachzudenken, was sie tun", sagte Sergej Filippow.

Α	h	^	n	a	c	
~	v	ᆫ		u	3	

De.sputniknews.com: Die EU-Behörden planen nicht, die Russland-Sanktionen, die um ein halbes Jahr verlängert werden sollen, auszubauen, wie die Agentur Sputnik aus einer der EU-Führung nahestehenden Quelle erfuhr.

Eine endgültige Entscheidung über die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland wird voraussichtlich am 15. Dezember bei einer Ratssitzung der Außenminister der EU-Länder getroffen, die vor dem EU-Gipfel stattfinden soll, hieß es.

Der Gesprächspartner der Agentur teilte mit, dass die Frage der Sanktionsverlängerung in der Sitzung des Ausschusses der ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Union am Donnerstag nicht zur Sprache gekommen sei.

Dan-news.info: Die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa hält die heutige Festnahme von 85 Einwohnern des Donbass durch den Sicherheitsdienst der Ukraine für eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen.

"Ich verurteile entschieden die Handlungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine, der völlig unschuldige Menschen festgenommen hat. Ich halte seine Handlungen für eine grobe Verletzung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Es ist notwendig zu sagen, dass eine politische Einstellung kein Verbrechen ist", sagte sie. Morosowa rief in diesem Zusammenhang die "internationale Öffentlichkeit, einschließlich der Menschenrechtsorganisationen auf, die vordringliche Aufmerksamkeit auf die empörenden Verletzungen des Minsker Memorandums zu richten".

Heute hatte der Pressedienst des Sicherheitsdienstes der Ukraine mitgeteilt, dass 85 Menschen im okkupierten Krasnogorowka von Soldaten festgenommen wurden. "Die Operation wurde nach dem Prinzip "in jedes Haus" durchgeführt", wurde dort gesagt und hinzugefügt, dass das Ziel die Suche nach Menschen war, die eine Beziehung zur DVR oder LVR haben.

De.sputniknews.com: Die Türkei beabsichtigt nicht, ihr Militärkontingent aus dem Irak abzuziehen, wie der türkische Präsident Tayyip Erdogan am Donnerstag in Ankara in einer Pressekonferenz sagte.

"(Der irakische Premier) Haider al-Abadi hat uns 2014 besucht und darum gebeten, Soldaten und Polizisten auszubilden. Unsere Soldaten haben sich als Instrukteure in den Irak begeben und ihre Funktion ist auf Kampfausbildung beschränkt. Die Zahl der Instrukteure kann sich je nach der Zahl der Auszubildenden verändern. Jetzt geht es nicht darum, unsere Soldaten aus dem Irak abzuziehen", so Erdogan.

Der türkische Präsident fügte hinzu, dass die Türkei, die Kurdische Autonomie des Irak und die USA am 21. Dezember in einer Beratung die Situation im Irak besprechen sollen.